

- Ostschweiz
- Donnerstag, 10. Mai 2007



[Turm des Anstosses: SVP bekämpft Minarett als «Symbol eines religiös-politischen Machtanspruchs».](#)

## **Kampagne gegen Minarettbauten Wiler Komitee gegen den Bau eines islamischen Zentrums gegründet**

Gut eine Woche nach der Lancierung ihrer Anti-Minarett-Initiative versucht die SVP auch im Kanton St. Gallen eine islamkritische Debatte anzufachen. Ausserdem will ein neugegründetes Komitee den Bau eines islamischen Zentrums in Wil verhindern.

andreas fagetti

Die SVP lud gestern die Medienleute an einen Ort, an dem einst christliche Machtansprüche zelebriert wurden: in den Hof zu Wil. Hier führte sie ihre jüngst lancierte Kampagne weiter gegen das Minarett und äusserte sich allgemein islamkritisch. Das Minarett habe als Bauwerk keinen religiösen Charakter; es werde weder im Koran noch in anderen heiligen Schriften des Islam auch nur erwähnt, heisst es im Communiqué, das die SVP-Vertreter Lukas Reiman, Jasmin Hutter und Ortsparteipräsident Hans-Rudolf Keller gestern an die Journalisten verteilen liessen. Das Minarett sei vielmehr Symbol jenes religiös-politischen Machtanspruchs, der im Namen «behaupteter Religionsfreiheit Grundrechte anderer bestreitet, womit dieser Anspruch in

Widerspruch gerät zu Verfassung und Rechtsordnung». Daher möchte die SVP den Bau von Minaretten per Verfassungsbestimmung verbieten lassen.

## **Auf eigene Tradition pochen**

Jasmin Hutter sagte, in den vergangenen Jahren habe es immer wieder ernstzunehmende Versuche gegeben, Teile der Scharia auch im Westen einzuführen. Die islamische «Morallehre» gewinne in Europa an Boden – am deutlichsten sichtbar sei dies in Grossbritannien, in Berlin-Kreuzberg und in den Pariser Vorstädten. Es sei wichtig, dass «wir auf unsere Grundsätze und Regeln, auf unsere christlich-abendländische Tradition» pochen und diese auch durchsetzen. Ein «guter Teil» der Moslems lebe selbst in der Schweiz in einer Welt mit eigener Infrastruktur, eigener Sprache und eigenen Gesetzen.

Wer aber hier lebe, habe die hiesige Ordnung zu respektieren. Wer sich nicht daran halte – indem er etwa illegale Praktiken wie Kinderverlöbnisse, Zwangsehen, Blutrache und dergleichen begünstige oder ausführe –, sei mit Gefängnis und Landesverweis zu bestrafen. Ausserdem sei strikt gegen politische Agitation von Ausländern vorzugehen. «Immer häufiger geäusserte Sonderwünsche – vor allem von moslemischen Familien – müssen unterbunden werden.» Es habe ohne Ausnahme die schweizerische Rechtsordnung zu gelten. Eine der von Jasmin Hutter erwähnten Parallelwelten ortet Kantonsrat Lukas Reimann in Wil. Er spricht sich zusammen mit einem neugegründeten Wiler Komitee gegen den Bau eines islamischen Zentrums in Wil aus – ob mit oder ohne Minarett.

## **Angst vor Sogwirkung**

Das Komitee kündigt eine «unüberhörbare Aufklärungs-Kampagne» zum Islam an. Startschuss sei eine Veranstaltung zum Thema «Wie gefährlich ist der Islam wirklich?» in Flawil. Mit der Kampagne solle verhindert werden, «dass die Region Wil ohne demokratische Mitsprache der Bevölkerung» zu einem islamischen Zentrum werde.

Reimann spricht von einer «überregionalen Sogwirkung», die ein solches Zentrum angeblich entfalten wird. Dies würde die «akuten Integrationsprobleme» weiter verschärfen, sagt der Kantonsrat. Bereits jetzt verliessen immer mehr Schweizer Familien Wil mit dem Hinweis auf den hohen Ausländeranteil.

## **Vorstoss um Vorstoss**

Der Jungpolitiker reicht seit drei Jahren erfolglos Vorstoss um Vorstoss zum Thema Islam ein. Mal verlangt er eine bessere Kontrolle und Überwachung des Islamunterrichts, mal die Schaffung eines Leitfadens für die Lehrer im Umgang mit Kultur- und Integrationsproblemen. Und einmal widmete sich ein Vorstoss der verbindlichen Durchführung von Weihnachtsfeiern in der Volksschule – obwohl im Kanton St. Gallen nie jemand die Abschaffung oder Verhinderung von Weihnachtsfeiern in Schulen verlangt hatte.

Die Kampagne gegen das Verbot von Minaretten scheint in einem Teil der Bevölkerung anzukommen: Jasmin Hutter gab an, allein während der Rheintalmesse von vergangener Woche hätten 1500 Stimmberechtigte die SVP-Initiative unterschrieben.